

Kob, Janpeter

Article — Digitized Version

Hochschulreform und die Zukunft der Wissenschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kob, Janpeter (1969) : Hochschulreform und die Zukunft der Wissenschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 49, Iss. 6, pp. 323-326

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133979>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Hochschulreform und die Zukunft der Wissenschaft

Prof. Dr. Janpeter Kob, Hamburg

Wissenschaft findet heute noch überwiegend in den Hochschulen statt. Die Hochschule ist bisher die wesentliche Institution der Wissenschaft. Sie bestimmt noch immer – trotz zunehmender Bedeutung außeruniversitärer Forschung in einigen Wissenschaftsbereichen – das Bild, das sich die Öffentlichkeit von der Wissenschaft macht. Mit der Hochschulreform wird also nicht etwa nur über das künftige Leitbild des Studenten und über die Funktion des wissenschaftlichen Lehrpersonals vom Hilfsassistenten bis zum Lehrstuhlinhaber entschieden, mit ihr wird ganz fundamental das künftige Schicksal der Wissenschaften bestimmt.

Dies kann mit Fug und Recht nicht mehr bezweifelt werden, weil über die grundlegenden Elemente der Reform ein sehr weitgehender gesellschaftlicher Konsensus besteht:

- der Abbau traditioneller Machtpositionen,
- die gleichrangige Beteiligung aller „Gruppen“, hauptsächlich der Studenten, an allen Entscheidungsvorgängen,
- die massive Intensivierung der Lehr- und Ausbildungsfunktionen durch die Perfektionierung der Hochschuldidaktik und die Erweiterung der Lehr- und Prüfungskompetenzen des sogenannten Mittelbaus,
- die Verstärkung des politisch-sozialen Engagements und der gesellschaftlichen Kontrolle der Hochschulen usw.

Diese Maßnahmen, die zur Demokratisierung der Universitätsstruktur führen sollen, sind einheitliche und unumstößliche Intentionen aller aussichtsreichen Reformvorschläge und Gesetzentwürfe. Nicht etwa, weil sie ausgehandelte Übereinkünfte der unmittelbar beteiligten Interessengruppen wären, sondern hauptsächlich, weil die Instanzen politischer Machtausübung – Verbände, Parteien, Legislative und Exekutive – und die Institutionen der „öffentlichen Meinung“ – Presse, Radio und Fernsehen – sie einhellig für gesamtgesellschaftlich unbezweifelbare Notwendigkeiten halten.

Hochschulreform als Symptom

Daß die studentische Reforminitiative und die wesentlichen inhaltlichen Forderungen der dominierenden studentischen Gruppen so schnell und unbefragt vom Gesetzgeber und Publikationsorganen übernommen worden sind, läßt sich wohl sicherlich nicht allein aus der Sympathie für Jugendlichkeit und Studententum erklären oder aus taktischer Rücksicht auf gerade diese gesellschaftliche Gruppe; man muß hier vielmehr eine sehr weitgehende Übereinstimmung in der Haltung gegenüber der Hochschule und der Hochschulausbildung annehmen und damit auch gegenüber der gesellschaftlichen Aufgabe der Wissenschaft. So scheint die Hochschulreform in ganz wesentlichen Tendenzen weniger ein neues Selbstbild der Wissenschaft zu reflektieren, sie

scheint vielmehr eher ein Symptom der Vorstellung zu sein, die sich die Gesellschaft von künftiger Wissenschaft und ihrer sozialen Rolle macht.

Das heißt aber, daß die spezifischen Interessen wissenschaftlicher Forschung in dieser Vorstellung nur ungenügende Berücksichtigung finden, wenn nicht gar völlig ignoriert werden. Als generelle und grundsätzliche Kritik mag die These gelten, daß alle Vorschläge für Strukturänderungen der wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik überwiegend von pädagogischen Aspekten ausgehen, hinter denen die Frage nach der Entwicklung der Wissenschaft und der Forschung weitgehend zurücksteht.

Unter diesem Gesichtspunkt sollen hier kurz einige Thesen aufgestellt werden. Wenn dabei im wesentlichen nur Kritik an bestimmten Tendenzen und Konsequenzen der Reformbestrebungen geübt wird, soll das nicht bedeuten, daß damit die Hochschulreform, wie sie bisher in der Bundesrepublik geplant und zum Teil realisiert worden ist, grundsätzlich verworfen wird. Hier sollen nur Einzelaspekte von Tendenzen und Motivationen und deren gesellschaftliche Determiniertheit interessieren. Andere von bestimmten Gesichtspunkten sicherlich viel wesentlichere Bestandteile der Reformvorhaben werden bewußt ausgeklammert.

Reformen und Ressentiment

Bestimmte Bestandteile der weitgehend akzeptierten Reformvorschläge lassen sich als eine negative Reaktion gesellschaftlicher Gruppen auf die stark angewachsene funktionale Bedeutung der Wissenschaft und ihre hohe Rangstellung in der öffentlichen Meinung deuten; in diesem Sinne tragen sie deutlich ressentimenthafte Züge.

Zur Illustration dieser These zunächst ein anekdotenhafter Bericht: Anläßlich eines repräsentativen Kongresses zum hundertjährigen Bestehen der SPD im März 1963 tagte eine Arbeitsgruppe zur Hochschulreform. Beteiligt und wortführend waren Personen, die damals wie heute zur Prominenz der Hochschulexperten der Partei gehörten. Zwei Motive für die Notwendigkeit einer durchgreifenden Hochschulreform standen im Vordergrund und wurden allein diskutiert:

- die völlig unzureichende Ausbildungssituation und Ausbildungskonzeption an den Hochschulen der Bundesrepublik,
- das unangemessene Prestige und die bedenkliche soziale Macht der Universitätswissenschaft und ihres Personals in der Öffentlichkeit.

Zur Unterstützung und Begründung der zweiten Motivation wurde sehr eindringlich auf die all-

gemein bekannten Erhebungen zum Prestigestatus verschiedener Berufe verwiesen, nach denen der Universitätsprofessor an der Spitze rangiert, während, verglichen mit ihm, der politische Praktiker ein unzulängliches Ansehen genießt. Diesem Faktum wurde erhebliche gesamtgesellschaftliche und politische Bedeutung beigemessen, wobei man dann bis zu der These ging, politisches Leben in der Bundesrepublik sei durchaus durch diese Situation gefährdet, und es müsse darauf ankommen, die Dinge wieder realistisch zurechtzurücken und das enorme Prestige der Wissenschaft—repräsentiert durch die Professoren— zugunsten des Ansehens der Politiker zu drücken.

Diese Argumentation und damit das zweite der oben genannten Motive stand in der weiteren Diskussion im Mittelpunkt. Es gibt keinen Grund anzunehmen, daß bei anderen Parteien die Grundstimmung anders aussieht.

Bedeutung und Macht der Wissenschaft und des wissenschaftlichen Experten ist in der Tat in einer Gesellschaft, die man mit Recht eine wissenschaftliche Zivilisation nennt, enorm gestiegen und in Konkurrenz zu den Ansprüchen traditionell entscheidungsbefugter und meinungsbildender Gruppen getreten. Es kann also im Grunde gar nicht überraschen, daß auf diese Entwicklung einmal eine deutliche Reaktion erfolgt; die pauschale Zivilisationskritik konnte schon deshalb dafür keine befriedigende Basis abgeben, weil sie ja zum großen Teil selbst Produkt dieser Wissenschaft war. So hat sich im Laufe der Zeit ein geradezu klassisch für die Entwicklung von Ressentiments prädestinierter Boden gebildet. Ich meine, daß wesentliche Teile der vorliegenden Reformgesetzentwürfe ohne diese Voraussetzungen nicht erklärbar wären. Aus diesem Zusammenhang ergeben sich zwei Hypothesen:

„Neue Wissenschaft“ ohne Autonomie

Bei den Reformgesetzentwürfen spielt das Motiv eine erhebliche Rolle, die Wissenschaft als autonomen Machtkomplex in Zusammenhang ihrer öffentlichen Bedeutung und ihres Expertenmonopols zurückzudrängen und soweit wie möglich unter den Einfluß politischer Institutionen oder genereller Ideologien zu stellen. Alle Gesetzentwürfe sehen z. B. die Verstärkung staatlicher Einflüsse auf die Hochschulen vor und verpflichten sie auf einen — wenn auch sehr vage formulierten — politisch-gesellschaftlichen Auftrag. Sie implizieren meist eine Beeinflussung auch des inhaltlichen Fortgangs der Wissenschaft schon dadurch, daß sie in die Gesetze vergleichsweise detaillierte Ausbildungsverpflichtungen aufnehmen, die allein durch staatlich verordnete Studien-

und Prüfungsordnungen auszufüllen sind. Schließlich ist mit der deutlichen Absicht einer Abschaffung der „Ordinarienuniversität“ nicht nur die allbekannte Diskriminierung der Wissenschaftler als fachidiotische Autokraten verbunden, sondern ganz eindeutig ein Abbau der Autonomie vollausgebildeter und etablierter Wissenschaftler an den Hochschulen schlechthin.

Funktionseignung vor Qualifikation

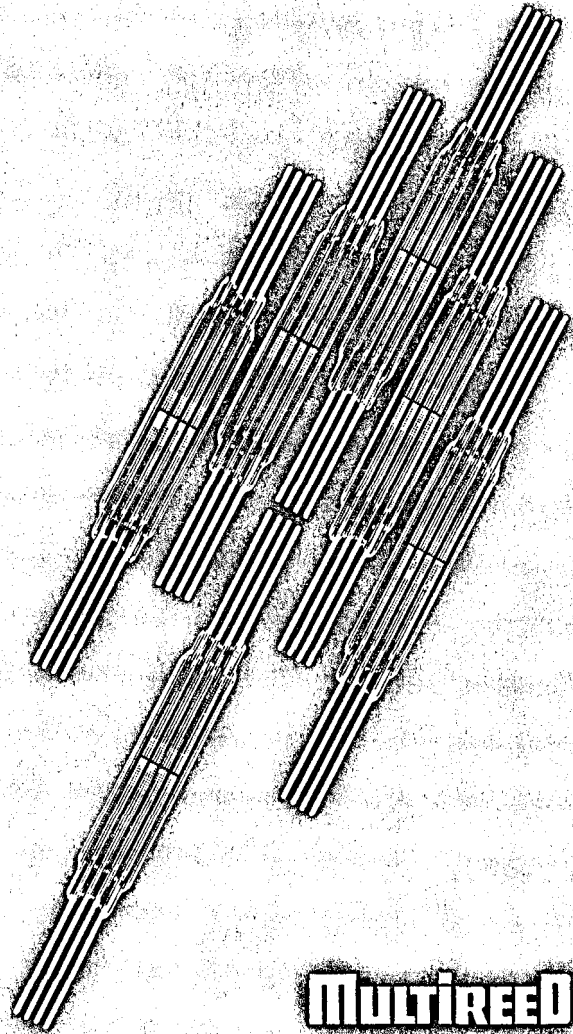
Sowohl im Hochschulbereich als auch in der Öffentlichkeit wird eine Renaissance des Dilettantismus gefördert, indem der Geltungsanspruch wissenschaftlicher Ableitungen weitgehend relativiert wird. Hierfür ist etwa folgendes symptomatisch:

Die wissenschaftliche Qualifikation spielt als Kriterium für Kompetenzen im Hochschulbereich keine Rolle mehr; für alle Bereiche der Forschung und Lehre wird auch der Laie für entscheidungsbefugt erklärt, ja gerade von ihm verspricht man sich die Impulse für eine „neue Wissenschaft“. Pädagogisch-didaktische Fertigkeiten treten bei der Beurteilung der Funktionseignung des wissenschaftlichen Personals in den Vordergrund und dominieren über die wissenschaftliche Qualifikation. Ganz allgemein läßt sich der Aufstieg einer weitgehend defensiven, also durch Ressentiments bewirkten Ideologie beobachten, die gegenüber dem Expertentum die Dominanz der Fähigkeiten zur Gesamtschau und universaler Totalkonzeption behauptet, eine Ideologie, die sich – etwa im Sinne der Scheinalternative von politischem Bewußtsein und Sachlichkeit, von Praxis und Theorie – in typischer Weise gleichmäßig der gruppenpolitischen Prominenz, journalistischer Publizistik und neuer Linker bemächtigt hat.

Dominanz sekundärer Funktion

Ein zweiter genereller Trend in der Reformplanung und Gesetzgebung, der wesentliche gesamtgesellschaftliche und außerwissenschaftliche Ursachen hat, erscheint mir ebenso charakteristisch und bedenklich: die Selbstverständlichkeit nämlich, mit welcher man unterstellt und als geradezu höchste wissenschaftliche Moral fordert, daß aus einer richtig verstandenen Wissenschaft unmittelbar sowohl politische Normativität als auch pädagogische Zielsetzung und Praxis fließen. Auf diese Weise entsteht ein Leitbild von der Wissenschaft, durch welche diese fundamental politisiert und pädagogisiert erscheint, was ich mit dem Begriff von der Dominanz sekundärer Funktion bezeichnen möchte.

Diese Politisierung wird in den Gesetzen bzw. Gesetzentwürfen zwar nur in sehr allgemeinen



MULTIREED

Das zukunftsichere Schaltelement für Fernsprechanlagen der neuen Generation ist der raumsparende TN-MULTIREED-Kontakt. Er besteht aus vier schnellschaltenden Reed-Kontakten mit golddiffundierten Kontaktstellen, die in einem mit Schutzgas gefüllten flachen Glasrohr eingeschmolzen sind. MULTIREED-Kontakte sind gegen Umwelteinflüsse wie Staub, Luftfeuchtigkeit sowie korrodierende Gase geschützt und schalten auf Leiterplatten zu Kopplern zusammengefaßt - die Sprechwege TN-Fernsprechanlagen mit MULTIREED-Kopplern gewährleisten hervorragende Sprachübertragung, hohe Betriebssicherheit und lange Lebensdauer.



TELEFONBAU UND NORMALZEIT

6 Frankfurt 1, Postfach 2369, Telefon (06 1) 26 61

Floskeln eingeführt: politisch-gesellschaftlicher Auftrag der Universität und des Lehrkörpers, politische Verantwortung und allgemein politisches Mandat. In den Begründungen geht es dann etwas weiter, wenn dort die Rede davon ist, daß es in jeder einzelnen Wissenschaft die Pflicht des Lehrenden sei, die besondere politische Bedeutung zu reflektieren und möglicherweise in den Mittelpunkt der Lehre und Forschung zu stellen. Mittlerweile deutet sich aber in einer Reihe von Ereignissen an, wie sich solche Allgemein-floskeln konkretisieren können.

An einer Universität etwa drohte der Landesvater dem Universitätsbeauftragten für politische Bildung mit der Kürzung der Mittel, weil die Rebellion der Studenten gezeigt habe, wie wenig er seinen Auftrag habe erfüllen können, und weil er bisher mit den Mitteln Veranstaltungen revolutionärer Gruppen unterstützt habe. Dabei erstaunt sowohl die Tatsache, wie hier der generelle politische Bildungsauftrag als Verpflichtung auf eine bestimmte Konzeption verstanden wird, als auch die Naivität des pädagogischen Optimismus, mit welchem die Wirkungsmöglichkeiten politischer Bildung an der Universität abgemessen werden.

In ebenso bedenklicher Weise konkretisiert sich der allgemeine politische Auftrag in der durchaus nicht seltenen Interpretation, daß nun also marxistische Theoretiker an die Stelle bürgerlicher Gelehrter treten müßten oder Dialektiker statt der Positivisten die Wissenschaftstheorie zu übernehmen hätten.

In Wahrheit liegt der Ausgang solcher Konkretisierung nicht etwa in Fehlinterpretationen dessen, was man als politisierte Wissenschaft versteht, sondern in diesem Begriff selbst, der eben eine Funktion primär nimmt, die in Wahrheit trotz ihrer enormen Wichtigkeiten nur sekundär ist. Wissenschaft ist von wesentlicher politischer Relevanz, aber eben nicht primär politisch; es ließe sich der Satz begründen, daß gerade viele politisch kritische Funktionen der Wissenschaft in der Gesellschaft eben deswegen möglich waren, weil die Wissenschaft eben nicht primär politisch gerichtet ist.

Pädagogisierung der Wissenschaft

Dasselbe trifft auf die möglicherweise noch durchgreifendere Pädagogisierung der Wissenschaft zu. Der drohenden Verschulung der Universitäten korrespondiert in der öffentlichen Vorstellung eine primär pädagogische Wissenschaft. Dies deutet sich in den schon oben bemerkten Tendenzen an, nicht mehr wissenschaftliche, sondern pädagogisch-didaktische Qualitäten bei der Auswahl des

Lehrkörpers gelten zu lassen, die Forschung in den Gesetzesformulierungen weitgehend in den Hintergrund zu stellen, die Eingreifmöglichkeiten politischer Instanzen mit dem Hinweis auf die staatlich erlassenen Prüfungsordnungen zu erweitern usw.

Wenigstens zum Teil wird hier mit einem unreflektierten Begriff der Einheit von Forschung und Lehre operiert; das muß einfach deswegen verhängnisvoll sein, weil der traditionelle Begriff der Lehre an Universitäten nicht mehr in einer Situation anwendbar ist, in welcher die Lehre zwangsläufig nach strengen Ausbildungsregeln und optimierten Vorschriften über Studiengänge kanalisiert ist. So kommt es zwangsläufig – und dies umschreiben alle relevanten Gesetzesformulierungen – eben gerade nicht zu einer „Verwissenschaftlichung“ der Lehre, indem sie nahtlos mit dem Forschungsprozeß verbunden wird, sondern zu einer Pädagogisierung der Forschung, die man letzten Endes nur unter dem Gesichtspunkt didaktisch zu rechtfertigender Sandkastenspiele zu sehen vermag. Wer eine solche Konzeption ernst nimmt, kann da natürlich auch guten Gewissens dem Schüler Autorität im Forschungsprozeß verleihen, wobei dessen Funktion allerdings nur noch als „Simulation“ der Ernstsituation auszulegen ist.

Flucht der Forschung

Wenn man voraussetzt, daß bei dem heute amtierenden und beim künftigen wissenschaftlichen Personal der Hochschulen Wissenschaftsbetrieb und wissenschaftliche Forschung als Ziel der persönlichen Orientierung konstant bleibt, dann ist vorauszusehen – und gerade in den letzten Wochen haben das eine ganze Reihe von Kollegen auch in der Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht –, daß die ernsthaften Komplexe des Wissenschaftsbetriebes ganz stark aus den Universitäten heraus verlagert werden, sei es in außeruniversitäre Institute oder in die Privatsphäre des forschenden Individuums. Vom Gesichtspunkt moderner Forschung wäre das eine durchaus retardierende Entwicklung, denn sie bedeutet entweder den Verzicht auf die Benutzung zureichender Forschungsorganisation und des Forschungsinstrumentariums, wenn nämlich Wissenschaft in dem angedeuteten Sinne privatisiert und individualisiert wird, oder aber es ergibt sich der Abbruch vorhandener Entwicklungen zu neuen Forschungssynthesen, etwa im Sinne langfristiger interdisziplinärer Projekte, da mit Sicherheit die Verlagerung der Forschung in kleine außeruniversitäre Institute im wesentlichen nur mit Hilfe einer extremen Spezialisierung gelingen wird.